

## 671 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

# Antrag

des

Abgeordneten Födermayr und Genossen,

betreffend

die Abschreibung der Brotauflage aus Anlaß der Elementarschäden.

§ 2, Absatz 5, des Gesetzes über die Brotauflage im Jahre 1919, setzt fest, daß die Bestimmungen über die Grundsteuer für die Brotauflage sinngemäße Anwendung finden sollen.

Tatsächlich sind im Jahre 1919 schwere Brandunfälle vorgekommen, wobei der Besitzer das ganze eingebrachte Getreide verlor und auf die Brotkarte angewiesen war.

Das Grundsteuergesetz sieht bei Brandschäden eine Abschreibung der Steuer nicht vor, es kann also in solchen Fällen auch die Brotauflage nicht abgeschrieben werden, obwohl sie in viel weiterem Maße als die Grundsteuer eine schwere Belastung des Besitzers darstellt.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Haus wolle beschließen:

„Der Staatssekretär für Finanzen wird ermächtigt und beauftragt, in Brandschadensfällen die Brotauflage nach Maßgabe des tatsächlich entstandenen Ernteschadens rückwirkend abzuschreiben.“

In formaler Beziehung wolle dieser Antrag dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen werden.

Wien, 30. Jänner 1920.

Mois Haueis.  
Frankenberger.  
Trayler.  
Wiesmaier.  
Josef Weiß.  
Dr. Schneider.

Födermayr.  
Huber.  
Scharfegger.  
Steinegger.  
Mois Brandl.  
Hosch.